Ausbildungsstätten nach unserer Überzeugung einzurichten. Sie haben große Geldopfer gefordert; manche Schwierigkeiten waren zu überwinden. Aber wir trugen das alles, weil ohne reformierte Pastoren auch keine reformierten Gemeinden leben können. Sind aber einmal unsere Gemeinden von Königsberg bis zur Westgrenze synodal verbunden, dann wird man ihnen auch das Recht auf sachliche Ausbildung ihrer Pastoren nicht verweigern dürfen.

Aber die für uns ganz untragbare Zumutung, unter einem Krummstab zu leben, sei heute geschwiegen. Nur auf den durch die Tagespresse verbreiteten Ruf nach kirchlichen Neuwahlen auf Grund des politischen Wahlrechts gehen wir noch kurz ein. Es bedeutet nichts weniger als die Leugnung alles Eigenrechts der Kirche und den Bruch der bisherigen Verfassung. Jene Forderung kann nur erhoben werden, wenn man die Kirche Jesu Christi auf eine Stufe stellt mit politischen Organisationen. „Volkskirche" mag für den Liberalismus den großen Haufen bedeuten, alle die, die nicht gerade aus der Kirche ausgetreten sind; oder für den Cäsaropapismus die religiöse Zwangsinstitution, der jedes Volksglied angehören muß. Aber für den deutschen Menschen, der in der Reformation wurzelt, ist die Volkskirche die Sammlung aller derer, die sich zu ihr bekennen und nur dann ein Recht besitzen, in ihr mitzureden, wenn sie erklären, im Sinn der evangelischen Kirche ihr Recht gebrauchen zu wollen. Eine dem allgemeinen geheimen Wahlrecht der über 20 Jahre alten Staatsbürger unterworfene Kirche wäre ein Monstrum. Niemand soll zurückgestoßen werden, aber wir verlangen und müssen verlangen, daß die Geschäfte der Kirche nur von solchen besorgt werden, die freiwillig ihren Vorsatz kundgeben, ihrer Gemeinde im Sinne ihres Bekenntnisses zu dienen. Deshalb sind die Eintragungen in die Wahllisten nicht zu entbehren. Angesichts der heutigen Abkehr von allem ungeschichtlichen und dem deutschen Wesen widerstrebenden Liberalismus würde es besonders befremden, wenn, entgegen der vom Reichskanzler abgelegten feierlichen Erklärung, die Kirche genötigt werden sollte, Wege einzuschlagen, die ihrem christlichen Bekenntnis und ihrer anerkannten Ordnung zuwider sind. Jedenfalls sind wir Reformierten mit den Lutheranern einig in dem Bemühen, bei der Neuordnung der Kirche alles zu vermeiden, was nach Revolte aussieht und tumultuarisches Wesen in die nur vom Bekenntnis her zu ordnende Kirche Christi hineinträgt, und ebenso gehen wir mit den Lutheranern Hand in Hand in ihrer Erklärung, daß nur in der Freiheit ohne den Druck einer politischen oder weltanschaulichen Gruppe die Neuordnung der Kirche zur Ehre Gottes und zum Heil des Volkes geschehen kann. Auch nicht der leiseste Anschein darf erweckt werden, als empfinge die Kirche, lutherische sowohl wie reformierte, ihre Aufträge anderswoher als von ihrem Haupt Christus.

Kolfhaus-Vlotho.

Das reformierte Bekenntnis und die kirchlichen Umbaupläne der Gegenwart.

Vortrag, gehalten in Rheydt am 17. April 1933
von Direktor Pastor Weber-Elberfeld.

Die Lage.

Wenn wir uns heute hier versammeln, so tun wir das im Bereich eines neuen Staates, der nicht einfach die Fortsetzung eines vergangenen sein will und sein soll. Wir tun es im Bereich eines neuen Denkens, das gewiß noch nicht unser Volk in seiner Gesamtheit erfaßt hat; denn neues Denken erfaßt zunächst immer wenige, die bereit sind, für dieses neue Denken sich ganz und gar einzusetzen. Aber ein neues Denken ist es, das unserm Volk gegeben ist, und das man uns nicht so schnell wieder wird entreißen können. Es ist vielleicht gut, daß soeben das Bekenntnis, das wir Reformierten zu dieser neuen Lage und in Bejahung dieser neuen Lage auszusprechen haben, bereits erfolgt ist. Soweit kirchliche Stellen „vorgesetzter" Art sich zu dem neuen Staat bereits geäußert haben, haben sie es alle zustimmend getan. Aber weil „vorgesetzte Behörden" einen gewissen zurückhaltenden Stil zu haben pflegen, darum ist diese Zustimmung nicht mit der jubelnden Freude zum Ausdruck gekommen, die bei den Urhebern wohl zumeist dahintersteckt und die wir gern herausgehört hätten.

Es ist nun gleich nach dem entscheidenden Tage von Potsdam seitens des Herrn Reichskanzlers zu der Lage der Kirche in diesem neuen Reich Stellung genommen worden in jener Erklärung, durch die den Kirchen für ihre Art und für ihre Arbeit innerhalb dieses neuen Staates die Freiheit zugesichert worden ist und die Achtung vor dem, was diese Kirchen an Rechten innerhalb des Volkes und zum Dienst Gottes am Volke genießen. Dafür haben wir zu danken. Es hätte nämlich alles ganz anders kommen können. Es hätte so kommen können, daß wir uns heute hier nicht versammelten, sondern daß vor den Türen dieser Kirche Leute mit roten Armbinden und Sowjetsternen stünden und uns allen den Eintritt verwehrten. Es hätte so kommen können, daß diese Kirche längst ein Trümmerhaufen oder ein Schandkino geworden wäre. Daß jene Pläne, die man mit unserer Kirche vorhatte, die man ja bekanntlich jahrelang ungehindert in unser Volk hineintragen konnte, daß diese Pläne verhindert worden sind, das verdanken wir, menschlich gesehen, denen, die uns jetzt regieren, und ich glaube, es müßte deutlich genug zum Ausdruck kommen, daß wir dafür dankbar sind und dankbar zu sein haben. Wir wissen, daß die Kirche nicht auf Menschengunst und Fürstengunst beruhen kann und niemals auf ihnen beruht hat; aber es ist je Aufgabe der Kirche gewesen, auch jenen zu danken, die ihr geholfen haben in schwerster Lage und Zeit. Wäre es Gottes Wille gewesen, uns dem Bolschewismus auszuliefern, wir hätten diesen Weg gehen müssen. Es wäre der Weg des Kreuzes gewesen, und die Kirche hätte gewißlich auch dabei einen Segen empfangen. Aber ich glaube, wir dürfen bei der ganzen Schwäche, die in unserer Kirche da ist, dankbar sein, daß uns dieser Weg erspart worden ist. Wenn der Sturm über unsere Kirche gekommen wäre — ich weiß nicht, was an Stümpfen stehengeblieben sein würde.

Wenn man nun von den Erklärungen des Reichskanzlers ausgeht, dann möchte man ja meinen — sehr viele meinen das auch —, es bliebe alles beim alten: Die Reichsregierung erklärt feierlich, daß sie an dem, was in der Kirche ist, gar nichts zu ändern beabsichtigt (und wir haben das felsenfeste Vertrauen, daß die Reichsregierung zu diesen Worten stehen wird, und lassen uns dies Vertrauen ganz und gar nicht erschüttern!) — was soll sich dann ändern? Manche sagen, die Kirche habe doch eigentlich mit all diesen Dingen gar nichts zu schaffen, sie müßte sich einfach abseits von all diesem halten. Aber die Kirche lebt nicht auf dem Mond, und wir werden dessen immer neu eingedenk sein müssen, daß wir in der Kirche auf dieser Erde leben, und auf einem ganz bestimmten Ort dieser Erde leben, daß wir durch unsern Herrn an diesen ganz bestimmten Ort der Erde gestellt worden sind und da seinen Auftrag auszurichten haben, freilich als Kirche, die nun an ihren Herrn gebunden ist! Eins ist dabei durch die Erklärung Hitlers deutlich genug beseitigt worden, nämlich die Gefahr einer Politisierung der Kirche, die darin etwa bestehen würde, daß die Prediger auf den Kanzeln nicht mehr das reine, lautere Evangelium zu verkündigen hätten, sondern etwas anderes. Die Reichsregierung denkt offenbar gar nicht daran, uns das Evangelium aus der Hand zu reißen und uns dafür irgend etwas anderes aufzuerlegen. Daran denkt sie nicht, und daran kann sie nicht denken.

Trotzdem befinden wir uns in einer ganz neuen Lage, und das ist blitzartig deutlich geworden, als in der vorvorigen Woche in Rom Verhandlungen begonnen haben, die zwar erst noch nicht, wie man gemeint hat, direkt einen Vertrag des Deutschen Reiches mit dem Papst zu ihrem Ergebnis haben werden, die aber jedenfalls dafür die Voraussetzungen schaffen. Die katholische Kirche ist in Deutschland nämlich jetzt in einer ganz neuen Lage. Sie hatte bisher sozusagen eine Partei für sich, der es gelungen war, durch alle Zeiten hindurch mit einer bemerkenswerten Raffiniertheit sich irgendwie auf dem Sattel zu halten. Diese Partei ist nicht mehr im Sattel. Die neue Regierung denkt aber bekanntlich nicht daran, aus der berechtigten Ausschaltung der sogenannten Zentrumspartei jetzt auch alsbald die Ausschaltung der römisch-katholischen Kirche zu machen. Diejenigen Männer im

Auslande, die meinen, jetzt würde bei uns nun „auch noch" eine „Verfolgung" der römischen Katholiken einsetzen, sind offenbar ganz und gar verkehrt unterrichtet. Die Reichsregierung denkt gar nicht daran, die römisch-katholische Kirche auszuschalten. Aber die Verhältnisse der römischen Kirche müssen irgendwie deutlich geordnet werden. Bisher gibt es ja einzelne Länder, wie z. B. Bayern und Preußen, die seit etlichen Jahren Verträge mit der römischen Kirche haben. Der Vertrag Bayerns ist in vielen Punkten anders als das preußische Konkordat. Wir haben aber heute kein Reich mehr, in dem die Länder auf ihre eigene Faust regieren. Es ist die Zeit vorbei, wo man in Berlin so herum wollte und in München anders herum, und es muß darum auch in diesen Dingen eine Neuordnung geschaffen werden. Die römische Kirche befindet sich dieser neuen Lage gegenüber in der besten Stellung. Sie kann dem neuen Staat in vollkommener Geschlossenheit gegenübertreten. Sie hat ihre von vornherein bevollmächtigten Männer, die die Verhandlungen übernehmen können. Die evangelische Kirche wird aber auch in Verhandlungen eintreten müssen; denn es ist natürlich nicht Absicht der Reichsregierung, mit den Römisch-Katholischen einen Vertrag zu machen und uns warten zu lassen. So ist es ja mit uns einmal gemacht worden, als man mit der römischen Kirche vor einigen Jahren, im alten System, einen kirchlichen Vertrag unter sehr großen Opfern des preußischen Staates gemacht hat und uns Evangelische zwei Jahre friedlich warten ließ, um uns dann schließlich nach viel Weh und Ach auch sozusagen einen Vertrag zu bewilligen. Wir hoffen zuversichtlich, daß es uns jetzt nicht so geht, und ich glaube, daß wir aus allem zu folgern haben: es soll uns auch gar nicht so gehen. Aber wenn nun da eine Regierung ist, die mit der evangelischen Kirche verhandeln will — mit wem soll sie nun eigentlich verhandeln? Es gibt in Deutschland, wie allmählich ja ziemlich sprichwörtlich geworden ist, 28 evangelische Landeskirchen. Diese sind wieder von verschiedener Größe — die Stadt Frankfurt a. M. bildet z. B. eine eigene evangelische Landeskirche, ja innerhalb des dortigen Stadtbereichs gehören sogar einige Stadtteile noch zu anderen Landeskirchen. Daneben ist ein so großes kirchliches Gebilde wie die sogenannte Evangelische Kirche der Altpreußischen Union, der wir angehören, jene Kirche, die aus einer Zusammenschweißung der lutherischen und reformierten Gemeinden im Jahre 1817 begründet worden ist. Die Kirchen sind sehr verschieden in ihrer Geschichte, sehr verschieden in ihrer Art. Man ist sehr schwer in der Lage zu sagen, wie denn überhaupt verhandelt werden soll. Nun gibt es in der Tat seit vielen Jahren den sogenannten Deutschen Evangelischen Kirchenbund, zu dem alle diese Kirchen gehören, und man sollte sagen: Tadellos! Da hat ja der Staat einen, mit dem er verhandeln kann. Er hat den Deutschen Evangelischen Kirchenbund! Dieser hat sogar ein Amt, mit dem er verhandeln kann, das sogenannte Kirchenbundesamt. Nur hat dieser Deutsche Evangelische Kirchenbund bedauernswerterweise mit Bezug auf die inneren Verhältnisse der einzelnen Landeskirchen so gut wie gar nichts zu sagen, und man kann natürlich von der Regierung nicht gut verlangen, daß sie mit einer Stelle verhandelt, die ein etwaiges Verhandlungsergebnis im eigenen Bereich nicht durchsetzen könnte.

Wie soll es nun weitergehen? Die Möglichkeit liegt durchaus vor, daß man einen Weg findet, bei dem man einfach dem Kirchenbundesamt, das ich eben erwähnte, größere Vollmachten erteilt. Aber ich frage: Ist dazu die Zeit wirklich nicht eigentlich schon vorbei? Wir leben heute in einem Lande, in dem man nach Einheit schreit, und wir möchten wünschen, daß auch in der Kirche eine Ordnung einträte, die nun nicht einfach alles das so beim alten läßt. Es sind viele, die das so wünschen, und ich glaube, daß diese Vielen mit großem Nachdruck durchstoßen und vermutlich sogar etwas dabei erreichen werden. Dabei wird man nicht die Geschichte zerstören. Es ist deutlich genug in einer ganz besonders interessanten Rede des jetzigen preußischen Ministerpräsidenten ausgeführt worden, daß die nationale Erhebung, die jetzt aufbricht, weil sie eine nationale Erhebung ist, nicht über die Geschichte hinwegschreiten kann, daß man nicht alles geschichtlich Gewordene und aus der Geschichte wertvoll zu uns Kommende beiseitezuschieben beabsichtigt, sondern es mit hineinstellen will in den Neubau des Reiches. So wird man auch bei einer Einigung der Kirchen nicht die Bayern zwingen, sich ganz und gar so zu ordnen, wie die am Nordseestrand; man wird nicht in eine Gleichmacherei verfallen, bei der schließlich die lebendige Vielfältigkeit zugrunde ginge. Daran denkt kein Mensch. Aber warum sollen z. B. die vielen Landeskirchen lutherischer Prägung, die fast den ganzen Osten und Norden und fast den ganzen Süden Deutschlands bestimmen, nicht zu einem großen Gebilde, das nun seine eigene lutherische Art auch vertritt, zusammengeschlossen werden? Es ist mitzuteilen, daß starke lutherische Kreise diese Absicht allerdings haben, daß sie den Wunsch haben, alle lutherischen Kirchengebiete Deutschlands von Schleswig-Holstein bis an die Bayrischen Alpen zu einem großen lutherischen Kirchengebilde zu vereinigen. Wir haben als Reformierte jetzt nicht zu sagen: Was macht ihr da? sondern wir haben nur zu sagen: Wenn ihr das machen könnt, tut's doch ruhig! Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sich die Lutheraner des deutschen Volkes aus Nord, Ost und Süd miteinander verbinden. Ja, aber dabei kann es nun geschehen, und es wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch geschehen, daß sich auch die Lutheraner des preußischen Ostens mit den Lutheranern von Bayern und Hannover verbinden. Erstere gehören aber mit uns zusammen zu einer Kirche. Die Lutheraner beabsichtigen, wie man hört, die Gründung einer solchen lutherischen deutschen Kirche, und zwar als „Episkopalkirche", also unter der Führung von Bischöfen. Wir sollen nun nicht sagen: Was fangt ihr an? Darüber müssen die Lutheraner selbst bestimmen, ob sie solche Bischöfe verlangen können und ob sie sie wünschen müssen. Wir machen sie ihnen nicht streitig. Wir wollen nicht lamentieren und schreien. Nur darf man eins nicht vergessen: wenn es jetzt so geht, dann kann die „Evangelische Kirche der Altpreußischen Union" eine starke Veränderung erfahren. Ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn man jetzt überall ausposaunt: die Evangelische Kirche der Altpreußischen Union ist vor dem Zerbrechen. So flink zerbricht man nicht, und wir Reformierten werden jetzt nicht alsbald anfangen zu zerbrechen, denn man muß dann zuvor wissen, was man bauen will. Wir können nicht sagen: „Schluß mit dieser Union — wir wollen jetzt etwas anderes." Aber was können wir in dieser Lage wollen? Wenn es so kommt, daß sich die deutschen Lutheraner unter Bischöfen vereinigen, dann wird die selbstverständliche Folge davon sein, daß wir Reformierte uns auch irgendwie vereinigen, und dann werden wir jetzt nicht zwei Kirchen „machen", die sich mit Feuer und Schwert bekämpfen, sondern wir werden des eingedenk sein, daß wir auf dem gleichen Boden der Reformation einem Volke zu dienen haben, freilich in verschiedener Eigenart. Da ist dann der Plan geworden, den Generalsuperintendent a. D. D. Zoellner am 14. April der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Hinter dem Plan steht eine gewaltige Bewegung. Sie ist getragen von ernster Sorge um das Volk und von ernster Sorge um die Kirche. Wenn dieser Plan zur Verwirklichung kommt, dann wird es so sein, daß wir schließlich in ganz Deutschland eine große Kirche haben, die sich aus zwei Teilen, einem lutherischen mit Bischöfen und einem reformierten ohne Bischöfe, wird zusammensetzen können. Das kann einmal so werden.

(Fortsetzung folgt.)

Kirchliche Nachrichten.

Für diesen Teil trägt der Schriftleiter allein die Verantwortung, soweit nichts anderes vermerkt ist.

Aus dem Bunde.

Am Abend des ersten Ostertages entschlief infolge eines Herzschlags **Pastor Reichert in Heiden** in Lippe, 59 Jahre alt. Seit 1915 war er in Heiden wirksam.

Am 23. April hielt Pastor **Max Printz** in Elberfeld-Cronenberg seine Abschiedspredigt nach 41jährigem Predigtdienst, zuerst in Meiderich, dann in Cronenberg, dessen kraftvolle Verkündigung der biblischen Wahrheit bis zuletzt stets große Zuhörermengen herbeizog und fesselte.

Aus der Synode **Mörs** berichtet die „Kirchliche Rundschau": In Hörstgen wurde Pastor Crewel aus Dudweiler eingeführt; in